

islaMedia

Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen
Nr. 110 , Juli 2010

Rubriken

• Schwerpunkt

Frankreich: Burkaverbot

• Deutschland: Doppelte Staatsbürgerschaft

• Deutschland: Universität Duisburg-Essen und Untersuchung zu VIKZ

• Europa: Anstieg rassistisch motivierter Gewalttaten in Europa

• Türkei: Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte sichert Wahlberechtigung

Zaman, 20.07.2010, S. 2

„Es widerspricht der englischen Kultur den Menschen vorzuschreiben, was sie anzuziehen haben und was nicht.“

„Britische Abgeordnete äußern ihre Ablehnung auf die Nachricht, dass in Großbritannien ein ähnlicher Gesetzesentwurf mit dem Ziel, die Ganzkörperverschleierung zu verbieten Gestalt annehmen könnte wie in Frankreich. Der britische Einwanderungsminister Damian Green erklärt deshalb, dass ein solches Gesetzesvorhaben in Großbritannien nicht vorgesehen ist. Green erklärt, dass Vorschriften wie sich die Menschen zu kleiden oder nicht zu kleiden haben mit dem demokratischen und freiheitlichen Verständnis und mit der britischen Kultur nicht zu vereinbaren sind:

„Wir sind eine Gesellschaft, die respektvoll und tolerant mit Freiheit umgeht. Es gibt Momente, in denen Menschen ihre Person nicht zeigen möchten, und dann gibt es wieder Momente, in denen Menschen in Gesprächen das Gesicht des Gesprächspartners wirklich sehen möchten. Aber meiner Meinung nach ist die Wahrscheinlichkeit, dass das britische Parlament sich mittels eines Gesetzes diesem Thema annimmt, sehr gering.“

Green, der auf die gegenwärtigen Entwicklungen in Frankreich verweist erklärt, dass sich die französische und die britische Kultur sehr stark voneinander unterscheiden. Green bezeichnet das französische Verständnis des Laizismus als ein sehr aggressives laizistisches Verständnis:

„Sie können den Schleier genau so gut verbieten wie das Kreuz an den Schulen. Es gibt keinen Grund das französische System zu kopieren.“

Auch die britische Landwirtschaftsministerin Caroline Spelman spricht sich gegen das Verschleierungsverbot aus. Sie erklärt, dass der Schleier positive Auswirkungen auf die Selbstsicherheit auf Frauen haben kann: „Ich möchte in diesem Land in dem ich lebe, keine Befehle darüber erhalten, was ich anzuziehen habe und was nicht.“ Die Ministerin war vor kurzem in Afghanistan gewesen und versteht seit ihrem dortigen Besuch besser, weshalb die Frauen Schleier tragen: „Ich habe erst durch meinen Besuch in Afghanistan begriffen, weshalb die Frauen sich für den Schleier entscheiden. Das ist Teil ihrer eigenen Kultur. Wenn sich in Großbritannien die Menschen auf diese Art und Weise kleiden möchten, dann sollten sie meiner Meinung die Freiheit besitzen, das zu tun.“

Der britische Rat der Muslime, der größte Vertreter der Muslime in Großbritannien erklärt dazu, dass Großbritannien das toleranteste Land in Europa ist, in dem Muslime leben können.

Philip Holobone, Abgeordneter der Konservativen erklärte wiederum vor einigen Tagen, dass die Mitgliedschaft der Türkei in der EU eine Katastrophe wäre. Der Politiker lehnt es in seinem Wahlkreis es ab, mit verschleierten Frauen zu sprechen (*siehe dazu auch: <http://www.bbc.co.uk/news/10612670>, 20.07.2010*). Wenn sie mit ihm in seinem Wahlkreis sprechen möchten, so müssten sie ihren Schleier abnehmen. Holobone hat einen Antrag im Parlament für ein landesweites Verbot des Schleiers gestellt.“

Hürriyet, 16.07.2010, S. 14

„Der Ganzkörperschleier verdeckt die gesamte Persönlichkeit“

(Süleyman Selcuk/Berlin)

„Nach dem Burkaverbot in Frankreich fordert nun auch der FDP-Politiker und Bundestagsabgeordnete Serkan Tören die Einführung eines Burkaverbots in Deutschland. Serkan Töre (MdB, FDP): „Die Verschleierung des gesamten Körpers widerspricht sich mit der Menschenwürde. Diese Verschleierung ist gleichzeitig ein Symbol und bedeutet, dass die Person sich von der Gesellschaft absorbiert, westliche und demokratische Werte nicht respektiert. Durch diesen Schleier wird die gesamte Persönlichkeit der Frau versteckt. Aus diesem Grund wird sie von den anderen Mitgliedern der Gesellschaft als Gegenstand wahrgenommen und nicht als Person. Weil die Persönlichkeit der Frau in der Gesellschaft eben verschleiert wird, kann sie kein Selbstbewusstsein entwickeln und sich persönlich nicht weiterentwickeln.“ Tören betont, dass Ehemänner, die ihre Ehefrauen zur Verschleierung zwingen würden, mit Gefängnisstrafen oder Geldstrafen rechnen müssten. Tören weist auf Frankreich als Vorbild hin, wo Ehemänner mit einer Gefängnisstrafe von bis zu einem Jahr bestraft werden können und eine Geldstrafe von 30 000 verhängt werden kann.

Keine Unterstützung durch die anderen Parteien

Stefan Müller, Integrationsbeauftragter der CSU, erklärt wiederum, dass er von einem Verbot nichts hält. Ein Verbot ist der falsche Weg: „Es gibt keine erreichbaren Ziele durch derlei Verbote. Im

Gegenteil, die Frauen werden in eine noch größere Unsicherheit gebracht, Muslime werden von der Gesellschaft noch stärker ausgeschlossen. Viele Muslime möchten integriert werden, sie müssen gefördert und unterstützt werden.

Aydan Özoğuz, Integrations Sprecherin der SPD weist darauf hin, dass diese Verbote, die den Frauen eigentlich helfen sollten, die Islamfeindlichkeit stärker anschüren. Memet Kılıç, Bundestagsabgeordneter der Grünen und Sprecher für Migration und Integration erklärt, dass sich ein generelles Verschleierungsverbot mit den Menschenrechten widerspricht. Kılıç erklärt, dass Deutschland keinen Bedarf an einem Kulturkampf hat.“

Zaman, 16.07.2010, S.12

„USA skeptisch gegenüber Burkaverbot in Frankreich“

Philip Crowley, Sprecher des US-Außenministeriums erklärt zum Gesetzesvorhaben in Frankreich: „Wir sind davon überzeugt, dass Gesetze nicht dazu dienen dürfen, die Kleidung von Menschen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit vorzuschreiben.“ Crowley erläutert mit Hinblick auf das vom französischen Parlament verabschiedete Gesetzesvorhaben zum Burkaverbot während des Treffens mit Vertretern aus der Tagespresse: „Wenn ich das richtig verstanden habe, dann ist dieser Schritt der erste Schritt hin zu einer langfristigen Gesetzgebung. In den USA würden wir aufgrund unseres Verständnisses mit Hinblick auf die Religionsfreiheit und der ihr zugehörigen Symbole einen anderen Weg einschlagen.“ Auf die Frage hin, wie dieser Weg aussehen würde antwortete Crowley: „Wir sind davon überzeugt, dass die von Menschen aufgrund ihrer religiösen Überzeugung getragene Kleidung nicht durch gesetzliche Verbote definiert werden sollte.“

Der Gesetzesentwurf in Frankreich sieht vor, dass auch Gesichtsschleier an öffentlichen Plätzen verboten werden sollen. Das Parlament akzeptierte am Dienstag in seiner Versammlung den Gesetzesentwurf.“

Sabah, 15.07.2010, S. 20

„Verbot des Ganzkörperschleiers in Frankreich“

(Asli Yavaşca/Paris)

„Der Gesetzesentwurf, indem vorgesehen ist, dass Ganzkörperschleier mit Gesichtsschleier an öffentlichen Plätzen verboten werden, ist vom Parlament verabschiedet worden. Für den Gesetzesentwurf stimmten 336 Abgeordnete. Lediglich ein Abgeordneter stimmte gegen den Gesetzesentwurf. Politiker der Opposition enthielten sich der Stimme. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass Frauen, die einen Ganzkörperschleier mit Gesichtsschleier an öffentlichen Plätzen tragen, mit einem Bußgeld von 150 Euro belangt werden können. Wird ein Zwang zur Verschleierung ausgeübt, so kann dies mit bis zu 30 000 Euro bestraft werden. Vormals waren im Entwurf 15 000 Euro vorgesehen. Falls die unterdrückte Person unter 18 Jahre alt ist, so ist eine Verdopplung des Bußgeldes vorgesehen.

Im Entwurf sind jedoch Ausnahmen vorgesehen.

Vom Verbot ausgenommen sind Personen, die aus gesundheitlichen Gründen eine Maske tragen müssen, Sportarten wie Fechten ausüben, auf Maskenbällen teilnehmen oder sich anlässlich des Karnevals verkleiden.

Der Gesetzesentwurf tritt nach seiner Genehmigung nicht sofort in Kraft. Zunächst ist eine sechsmonatige gesellschaftliche Aufklärungskampagne vorgesehen. Der Staatsrat appellierte in der Vergangenheit an die Regierung, dass im Gesetz nicht alle öffentlichen Plätze vorgesehen sein sollten. Über den Entwurf wird im September im Senat verhandelt werden.“

Sabah, 12.07.2010, S. 17

„Außer den Türken erhält jeder die doppelte Staatsbürgerschaft“

„Integrationsminister von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet: „Bei genauerer Betrachtung der Ausnahmen im Staatsbürgerschaftsgesetz lässt sich feststellen, dass nur die Türken nicht die doppelte Staatsbürgerschaft besitzen dürfen. Es gibt im Staatsbürgerschaftsgesetz so viele Ausnahmen für sehr viele Länder. Allein den Türken wird die doppelte Staatsbürgerschaft nicht zugestanden.“

Laschet weist auf die rückläufigen Zahlen in der Einbürgerungsstatistik hin: „Ich denke, dass es hier einen Zusammenhang zwischen den rückläufigen Einbürgerungszahlen und dem Gesetz gibt.“

Integration ist wichtig

Laschet betont, dass für ihn persönlich der Übertritt der Migranten zur deutschen Staatsbürgerschaft wichtig ist: „Die Staatsbürgerschaft hat jedoch keinen automatischen Effekt auf die Integration. Sie garantiert den Menschen jedoch ein Mitspracherecht, das Wahlrecht und die Verzahnung mit dem Staat.“ Das Ministerium heißt mit vollständigem Namen Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration. Armin Laschet sagt, dass der wichtigste Schwerpunkt des Ministeriums die Integration ist: „Vor fünf Jahren hätte niemand geahnt, dass dieser Punkt einmal so eine große Bedeutung erhält.“

Hürriyet, 12.07.2010, S. 16

„VIKZ Wohnheime unter der Lupe“

„In verschiedenen deutschen Städten gibt es Internate des Verbandes der Islamischen Kulturzentren. Die Sozialwissenschaftlerin Ursula Boos-Nünning hat in ihrer Untersuchung festgestellt, dass in diesen Internaten keine antidemokratischen Strukturen feststellbar sind. Der VIKZ unterhält 19 Internate in Deutschland. Der VIKZ betont, dass die Schüler weder politisch noch religiös indoktriniert werden. Die Sozialwissenschaftlerin erklärt, dass mit Hinblick auf die Integration sehr viele Initiativen gestartet wurden. Boos-Nünning kritisiert jedoch, dass in den Schülerwohnheimen überwiegend Türkischstämmige Schüler leben und diese wiederum keine Freundschaften mit deutschen Gleichaltrigen haben. Ein weiterer Kritikpunkt von Boos-Nünning ist die fehlende Vermittlung von Medienkompetenzen in den Internaten. Stattdessen wird die Abstinenz zu Medien vermittelt.

Bildung und Gottesdienst

Diese Untersuchung wurde von der Universität Duisburg-Essen durchgeführt. Für die Untersuchung sind 347 Interviews mit Schülern der VIKZ Schülerwohnheime durchgeführt worden. In der Untersuchung wird unterstrichen, dass die religiöse Unterweisung der Imame den Hausaufgaben nicht übergeordnet ist.

Zaman, 10.07.2010, S. 2

„Anstieg der rassistischen Gewalt in Europa“

(Selçuk Gültaşlı/Brüssel)

„Der Europäische Rat zeigt sich alarmiert: In seinem Bericht kommt die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz zu dem Ergebnis, dass Muslime bei der Arbeits- und Wohnungssuche sowie im Bildungswesen diskriminiert werden. Auffällig am Ergebnis ist, dass rassistische Einstellungen, Angriffe und Belästigungen gegen Migranten zugenommen haben.

Die Kommission (ECRI) des Europäischen Rats stellt in ihrem Jahresbericht einen Anstieg der rassistischen Gewalt in Europa fest. Innerhalb des Untersuchungszeitraums vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2009 untersuchte die Kommission Strömungen in Europa wie Rassismus, rassistische Diskriminierung, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz. Darüber hinaus wurde die Diskriminierung von Muslimen in Europa untersucht. Der ECRI unterstreicht, dass Muslime bei ihrer Suche nach einer Arbeitsstelle, einer Wohnung und auch im Bildungswesen und in der Rechtsprechung diskriminiert werden. Der Vorsitzende des ECRI Niels Muiznieks hält die Ergebnisse für alarmierend. Im Jahr 2009 haben laut Muiznieks die Diskussionen über die Migration in Europa und rassistische Einstellungen zugenommen. Demnach sind die Zahlen sowohl rassistischer Beleidigungen, Belästigungen als auch Angriffe gestiegen. Dem Bericht zufolge gibt es einen engen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Krise und der Zunahme der Ausländerfeindlichkeit in Europa. Auch der soziale Frieden (*im Original asayış - dt. Landfrieden, Anm. M. K.*) würde abnehmen. Als Beispiel erwähnt die Kommission das Minarettverbot in der Schweiz. Die Verfasser des Berichts kritisieren die Diskriminierung von Migranten in einigen europäischen Ländern, die ihre Ursache in den Folgen der globalen Wirtschaftskrise besitzt. Zusammen mit der Wirtschaftskrise, dem Anstieg der Arbeitslosigkeit und den Einschränkungen von Sozialtransfers, nehmen parallel dazu die Probleme der Migranten in der Gesellschaft zu. Die Kommission betont, dass einige Politiker diese Umstände für ihren persönlichen Stimmengewinn missbrauchen und dadurch ein schlechtes gesellschaftliches Klima schaffen. Dies wiederum ist gefährlich, so die Verfasser des Berichts. Die Verfasser fordern deshalb eine Intensivierung der gesetzlichen Maßnahmen der Mitgliedsstaaten mit Hinblick auf Antirassismus und Toleranz.

Einen weiteren Schwerpunkt des Berichts bildet die Diskriminierung von Sinti und Roma in Europa. Die Kommission fordert auch hier das Ende dieser Diskriminierung. Auch der Rassismus gegen Schwarze in Europa setze sich nach wie vor fort.“

Sabah, 10.07.2010, S. 18

„Jahrhunderturteil des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) – Weg frei für Wahlrecht. Haltet die Wahlurnen bereit.“

„Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat ein entscheidendes Urteil für die europäischen Türken gefällt, die seit Jahren um ihr Wahlrecht kämpfen. Das Urteil wurde von seitens der europäischen Türken mit großer Freude begrüßt. Geklagt hatten zwei in Frankreich lebende Griechen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte erklärt, dass sich die bisherige Praxis der Wahlstimmenabgabe von im Ausland lebenden Wahlberechtigten ausschließlich im Heimatland mit den Bestimmungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte widerspricht. Da der EGMR

die Stimmabgabe im Ausland für rechtlich hält, fordern nun die europäischen Türken die Bereitstellung der Wahlurnen.

Problem wurde wiederholt von anderen gelöst

Vertreter aus der Zivilgesellschaft und von Organisationen erklären dazu: „Wir bemühen uns seit Jahren um unser Wahlrecht. Dafür haben wir bisher leere Versprechungen erhalten. Nun wurde diese Frage anstelle von uns wieder von anderen Personen gelöst. Wir möchten das uns zugesprochene demokratische Grundrecht zu wählen umsetzen. Da wir weder in der Türkei von unserem Wahlrecht Gebrauch machen können noch hier wählen dürfen, haben wir überhaupt kein Mitbestimmungsrecht. Wir fordern, dass dieser Zustand mit den für 2011 vorgesehenen Wahlen ein Ende nimmt.“

Briefwahlrecht wurde verhindert

Die AKP hatte in der jüngsten Vergangenheit für die letzten in der Türkei stattgefundenen Parlamentswahlen eine Arbeitskommission für das Briefwahlrecht für im Ausland lebende Türken initiiert. Die Oppositionspartei CHP wiederum sah Nachteile in der Anwendung des Briefwahlrechts und stellte einen Antrag beim Verfassungsgericht. Das türkische Verfassungsgericht gab dem Antrag statt und somit war der weitere Weg für das Briefwahlrecht der im Ausland lebenden türkischen Staatsbürger abgeschnitten.

2,5 Millionen Wahlberechtigte

Auslandstürken können nach gültigem Wahlrecht ausschließlich an den Wahlurnen, die an den Landesgrenzen aufgestellt werden, ihre Wählerstimmen abgeben. Diese Wahlurnen werden für 75 Tage aufgestellt. Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte werden im Juli 2011 2,5 Millionen Wahlberechtigte von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können. Insgesamt sind das 7% Wahlberechtigte, welche die Wahlen in der Türkei mitbestimmen werden können.“

Den erscheinenden Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.

Impressum:

Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht – Professor Dr. Rohe
Autorin Newsletter: Meltem Kulaçatan
www.islaMedia.de

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff